

Arbeiterzeitung

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 7. 2. Jahrg. Agrar-Beilage. N. 11. 1922

Streiks flammen auf!

Die Landarbeiter sprechen! Ihre Sprache ist kernig. In zahlreichen Streiks wird zum Ausdruck gebracht, daß das Landproletariat nicht mehr gewillt ist, das Sklavensoch weiter zu tragen, daß es nicht gewillt ist, seine Lebenslage noch mehr verschlechtern zu lassen!

Die Arbeitgeber, die Junker, die Großgrundbesitzer, gehen auf der ganzen Linie zur Offensive vor. Nicht nur die Preise für die Agrarprodukte werden täglich gestiegen, und damit die Preise für alle Verbrauchsgüter, nein, die Agrarkapitalisten, sie wollen, daß die Landarbeiter jetzt eine noch längere Arbeitszeit bekommen als bisher!

Die längere Arbeitszeit soll dazu angetan sein, daß die Gutsherrn nicht eine Lohnerhöhung entsprechend der Teuerung bezahlen müssen, daß eine ganze Reihe von Landarbeitern auf die Straße geworfen werden können, weil sie dann überflüssig sind.

Die Agrarkapitalisten wollen aber noch mehr. Gelingt ihnen ihre Offensive, haben sie das Landproletariat müde gemacht, dann haben sie die Gewißheit, daß die Landarbeiter nicht mehr fähig sind, gemeinsam mit den Industriearbeitern zu kämpfen gegen den Steuerraubzug auf die Taschen der Arbeitenden, für die Erhaltung der Sachwerte, und letzten Endes für die Sozialisierung der Wirtschaft.

Was tut der DLB.: Die Bürokratie des DLB., sie weicht Schritt um Schritt zurück. Nicht genug damit, daß in einzelnen Bezirken die bisher in die Arbeitszeit eingerechnete Gehalt in Wegfall kommt und damit die Arbeitszeit verlängert wird, nein, sie stimmt auch einer direkten Arbeitszeitverlängerung zu! Ist es nicht ein Schand, wenn wir in der sozialdemokratischen Magdeburger „Volksstimme“ vom 14. März 1922 lesen über Tarifverhandlungen im Kreise Jerichow:

„Einen harten Kampf (!) führte bei den Tarifverhandlungen in diesem Jahre der Deutsche Landarbeiter-Berband mit den Arbeitgebern um die Arbeitszeit. Als der Tarif an dieser Frage zu scheitern drohte, wurde den Arbeitgebern eine Arbeitszeitverlängerung von jährlich 30 Stunden gegenüber dem Vorjahre zugesprochen.“

Der ohnehin schändliche Tarif, der dort abgeschlossen wurde, ist also noch erlaubt mit einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Ebenso haben die DLB.-Bürokraten in Ostpreußen den traurigen Mut, es als ein „hohes Verdienst“ der führenden Kollegen des DLB.“ zu bezeichnen, daß die Landarbeiter das bisherige Deputat weiter bekommen. Und dieses „hohe Verdienst“ wurde auch dort diesen Herrschafte-zweilen durch Zugeständnisse auf Verlängerung der Arbeitszeit. Nach den Erklärungen des dortigen Kreisleiters des DLB. beträgt jetzt die wöchentliche Arbeitszeit im Winter 57 Stunden, während im letztjährigen Tarif 6 1/2 bis 7 1/2 Stunden täglich im Winter in Frage kamen. Das sind die Wünsche der Arbeitsgemeinschaft!

Wollen sich die Landarbeiter der letzten Rechte berauben lassen? Wollen die Landarbeiter die bei der Revolution erlassene Gebühre-Ordnung wieder erstehen lassen? Wollen

die Landarbeiter wieder mit der Krute zur Arbeit angetrieben werden?

Auf diese Fragen geben heute die Landarbeiter eine klare, unzweideutige Antwort. Sie haben in diesen Konferenzen einen Tarif ausgearbeitet, der genau in der entgegengesetzten Richtung der Offensive der Agrarkapitalisten liegt, der aber auch kein Ausweichen durch die Bürokratie erlaubt. Entweder für — oder gegen die Landarbeiter!

Die DLB.-Bürokratie hat sich dagegen ausgesprochen! Die Landarbeiter setzen sich auf ihre eigene Kraft anzuweisen. Die beim Aufstellen der Tarife bewiesene eigene Initiative gilt es auch jetzt im Kampfe zu zeigen und anzuwenden!

Dieses Bewußtwerden ihrer eigenen Kraft, diese Selbstständigkeit, zeigen vor allem die Landarbeiter in Mitteldeutschland! Sie stehen vor einem gewaltigen Kampf! Schon ist auf einzelnen Gütern der Streit ausgebrochen. Im Amtsbezirk Alstedt sind 39 Betriebe in den Streit getreten, ebenso im Kreise Sangerhausen auf den Gütern Artern und Voigtstedt. Täglich kann der Streit über die ganze Provinz Sachsen aufkommen! Die Landarbeiter sind bereit dazu, obwohl der DLB. die Streiks als „wilde“ erklärt.

Nicht nur in der Provinz Sachsen sind die Landarbeiter bereit, in den Kampf zu treten, sondern in fast ganz Mitteldeutschland. Schon liegen Nachrichten aus Thüringen vor über Streiks auf mehreren Gütern. Die Landarbeiter Magdeburgs sind ebenfalls in großer Erregung. Darüber hinaus ist in Pommern, Kreis Wolgast, der Kampf entbrannt, in Schleswig-Holstein, im Kreise Segeberg, haben die Landarbeiter einen erfolgreichen Kampf durchgeführt, ihre Forderungen wurden bewilligt!

So erheben überall die Landarbeiter die Fackel des Kampfes, an der sich die offensivstüchtigen Agrar-Kapitalisten die Flügel verbrennen werden. An dem einzigen und geschlossenen Willen der Landarbeiter werden die Absichten auf Verschärfung der Ausbeutung, auf Knechtung und zunehmende Vereindung des Landproletariats zuschanden werden.

Landarbeiter, Ihr seid eine Macht! Sorgt dafür, daß die Landarbeiter ganz Deutschlands sich hinter die jetzt schon streikenden Landarbeiter stellen! Dann ist Euch der Sieg gewiß! Dann werdet Ihr aber auch die im Kampfe geschlossene Einheitsfront für zukünftige Kämpfe befestigen können, indem Ihr jene Verräter, die Euch heute in den Rücken fallen, beiseite schiebt. Dann werdet Ihr den DLB. zu dem machen, was er sein muß — eine Kampforganisation! Und der letzte Landarbeiter und die letzte Landarbeiterin wird dieser Organisation des Kampfes zur Bereicherung der Landarbeiterchaft aus den Sklavensesseln beitreten! Dann könnt Ihr mit Freiligrath sagen:

Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morische Ding, den Staat, die wir von Gottes Jorne sind — das Proletariat!

Soll diese zweitwöchige Erfolg haben, so muß er sich mit der Durchführung gemeinschaftlicher Aktionen befassen und zu diesem Zweck ist eine bestimmte an die Tagesordnung der Arbeiterschaft anknüpfende Tagesordnung für den Kongress notwendig. Als eine solche Tagesordnung schlagen die Kommunisten vor:

- 1. Abwehr der kapitalistischen Offensive,
2. Kampf gegen die Reaktion,
3. Verhütung neuer imperialistischer Kriege,
4. Unterstützung beim Wiederaufbau Sowjetrusslands,
5. Verjagung Vertrag und die Reparationsfrage.

Auf Clara Zetkin antwortet Bauer, wobei, früher sozialdemokratischer Minister in Belgien und hoher Chef der 2. Internationale. Mit hoher Pathos und theatralischen Gesten bringt er es fertig, sich und seine sozialdemokratischen Freunde der 2. Internationale als zu unrecht von den

Reaktion, Clara Zetkin, Grossard, Kabet, Katsjamo, Stojanowitsch, Smeral, Kolmer, und Barfi. Die Wiener KAP hatte u. a. delegiert: Adler, Grippen, Longuet, Otto Bauer, Grün, Paul Faure, Martow, Als Gäste hatten sie unter ihren Reihen die Reichswirtschafts-Schreiber, Abramowitsch und Kaplanist. Von der 2. Internationale waren u. a. Landwehr, Juchmann, Wels, Mac Donald, Tom Shaw, Kretschmer delegiert. Die italienische Sozialistische Partei, die der drei Exekutiven angehört, war zugelassen, und zwar Gerrati als Delegierter, Paratino und Storcio als Gäste. Die Mitglieder der drei Exekutiven waren als Gäste zugelassen.

Die Eröffnungsansprache Friedrich Adlers. Friedrich Adler eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Sitzung: Genossen und Genossinnen! Die heutige Konferenz bedeutet den Versuch, zu einer Übereinkunft zu kommen zu einem bestimmten Maßstab, aber dabei sollte ich niemand von den hier Anwesenden einer opportunistischen Linie ansieht. Wir haben diesen Versuch vor uns, der die

Wahrung der dem internationalen Proletariat im Falle des Scheiterns dieses Versuches, uns der Nähe unterliegen wollen, den Versuch zu unternehmen, die Konferenz geltend zu lassen. Ich erkläre die Verhandlungen für eröffnet.

Clara Zetkin (Kommunistische Internationale) verliest das auf eine Erklärung der Exekutiv der Kommunistischen Internationale, die wir morgen veröffentlichen werden.

Nachmittags-Sitzung.

Tom Shaw (Engl. Labor Party, 2. Internationale) eröffnet die Sitzung.

Landwehr (Belgien, 2. Internationale) lehnt es ab, sich in eine Polemik gegen die Erklärung der 2. Internationale einzulassen. Er will nur im Rahmen der zweiten Internationale sprechen. Sordog betont er, daß ihm die Erörterung der Tagesfrage auf der kommenden allgemeinen Konferenz nicht möglich erscheint. In dieser das Weltproletariat und nicht nur die deutschen Sozialdemokraten als Regierungspartei interessiert werden kann, ist das Selbstbewußtsein der

Small text box with publication details and subscription information.

ativen.

istlicher Parteien unternommen in dem Bewußtsein, in der sich das Proletariat der ganzen Welt bringt, trotz aller Gegensätze daran zu gehen, gewisse konkrete Aufgaben und Aktionen zu vereinbaren und dabei seiner Forderung hin, daß jede der Gruppen mit großen Vorbehalten in diese Richtung von allen drei Teilen in legenden Ausdruck gebracht werden.

von vorerzählten schließt, daß unsere Aufgabe die bestehenden drei internationalen Organisationen sind, zu einer einzigen Organisation zu sein und aber bewußt, daß die gegenwärtigen innerhalb des Weltproletariats besteht gewisse gemeinsame Aktionen

in. Diese schließt die in der Form der Exekutivmassen, der Selbstverwaltung einerseits und mit besserer Balance in Form höherer Arbeitstitel, haben in dem Weltproletariat den bringendsten, eine gemeinsame einheitliche Aktion als ein Ziel des Tages zustande zu bringen.

daß sich die internationale Kapitalistenklasse zu einer Konferenz

von Arbeitsschichtigkeit wir mit der größten Aufmerksamkeit, um den Proletariaten aller Länder zu aufzuwecken, und die neue freigelegte Bewusstheit stellt, hat die drei Exekutiven zusammenzuerwägen, ob nicht der Moment gekommen sei, sich zusammenfassenden kapitalistischen Realitäten Arbeitsgemeinschaft proletarischer Parteien tunen zustande zu bringen. Gemeinsame Aktionen möglich unter gewissen Voraussetzungen. Gemeinnet aber Einigung auf eine gemeinsame Parole, in Zeitpunkt, wenn diese Aktion durchzuführen ist, ist natürlich nur möglich, wenn in der Lage sind, und über diese drei Probleme verständlich. Man kann die Gegensätze untereinander scharf aggressiv pointieren. Ich möchte sie in der Sinne darlegen, indem ich sage, daß es sich kann, in den großen Kämpfen zwischen

Reformismus und Revolution

zu legen auf die Kämpfe von heute oder auf morgen, daß die Gegensätze sich teilen in die die glauben, alles auf den heutigen Tag, und 1. auf die Zukunft das Hauptaugenmerk richten dem Kampflied, das uns allen gemeinsam ist, ist die Reife und morgen wird die Internationale Menschheit sein. Dieses „morgen“, das ist uns trennt. Je weiter wir unter Umständen gehen, um so mehr werden natürlich einzelne in ihre Politik nach dem „heute“ einzurichten. In die Perspektive ist, in der wir das „morgen“ neu wir doch sagen, daß wir das gemeinsam alle kämpfen wollen. Von diesem Gesichtspunkt die Konferenz zusammenberufen.

die Zusammenfassungen

Referenzen folgendermaßen formuliert: werden alle proletarischen Parteien, die auf dem jenamtigen stehen, die Überwindung des Kapitalismus haben und die Notwendigkeit der gemeinsamen des Proletariats zur Erfüllung dieses Zieles

ulterung ist für uns die Voraussetzung, unterupt zusammenkommen können, durch die wir zuentgen, die hier auf dieser Konferenz vertreten, nach ihrer Einsicht in den historischen Verlauf len. Wenn es uns möglich ist, in dem bestmögliche Plattform zu finden, für den Kampf des ist das ein Erfolg, der vom ganzen Proletariat ist werden wird. In diesem Sinne, Genossen, Konferenz einberufen. Wir werden über die Probleme werden über die Schwierigkeiten und Hemmnisse jeder von uns steht.

die anwesenden Vertreter der drei Exekutiven in daß trotz der Gegensätze, im Bewußtsein der Bedenken die vor uns steht im Bewußtsein der Bedenken

Wahrung der dem internationalen Proletariat im Falle des Scheiterns dieses Versuches, uns der Nähe unterliegen wollen, den Versuch zu unternehmen, die Konferenz geltend zu lassen. Ich erkläre die Verhandlungen für eröffnet.

Clara Zetkin (Kommunistische Internationale) verliest das auf eine Erklärung der Exekutiv der Kommunistischen Internationale, die wir morgen veröffentlichen werden.

Arbeiterzeitung

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

D.F.B. - Resolutionen auf dem Kongress gegen Kommunismus

Immer, wenn die sozialdemokratischen Bürokraten im Griff sind, im besonderen Maße die Führer des D.F.B., verweigern sie, immer wenn sie befürchten, daß ein Arbeiterkongress gegen sie aufsteht, glauben sie durch einen Überstoß gegen die Kommunisten ihre Position retten zu können. So war es bei den Verhandlungen über die Resolutionen gegen die sich bildende Einheitsfront des Proletariats, so ist es heute gegen die fortschreitende einheitsfront des Proletariats. Mit einem vier Seiten umfassenden Flugblatt tritt der Hauptvorstand des Deutschen Arbeiter-Verbandes an die Arbeiter heran, um in schamloser Weise die Kommunisten zu verleumden.

Das Flugblatt ist überschrieben: „Die Kommunisten und die Arbeiter“. Im Stile der landläufigen Grobgraterei wird gesagt: „Mit blenden Worten haben sie (die Kommunisten, v. Neb.) sich dem untunlichen Arbeiter. In den Städten haben sie abgewirkt. (...) In ihren ehemaligen Hochburgen, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet verlieren sie ständig an Boden, nachdem sie ihre Anhänger und tausende von Arbeitern in ein namenloses Unglück gestürzt haben. Gewissenlos und unverantwortlich entlassen sie einen Wuch nach dem anderen. Der Reaktion, die nach der Revolution ohnmächtig am Boden lag, hähnten sie neue Wege.“

Die Bürokratie des D.F.B. scheint den Arbeitern ein sehr schlechtes Gedächtnis zu haben, ist doch bald jedem Kind im Bewusstsein, daß die Roste, die Führung die Schlichter des Proletariats sind, daß sie der monarchischen Offizierskaste alle Macht in die Hände spielen, daß die Sozialdemokraten durch ihre Arbeitgemeinschaftspolitik die reaktionären Organisationen, sowohl politisch wie wirtschaftlich, stärken. Hier set nun auf einen Ausdruck des sozialdemokratischen Ministers Otto Braun, der von der Sozialdemokratie aus, Minister der Arbeiterzeitung genannt wurde, hingewiesen. Er führte in der Preussischen Landesversammlung am 11. Januar 1921 aus, er habe sich stets bemüht, überall in allen Provinzen einheitsfront Arbeiter-Organisationen zusammenzubringen. Also, der Sozialdemokrat Braun ist Gehilfen des reaktionären Landvolkes, des stärksten Feindes der Arbeiter! Diese Bureaukraten eilen sich zu schreiben:

„Die Grundherren haben voller Schrecken das Erwachen und Erstarken der Arbeiterbewegung. Ihnen kam nicht in den Sinn, daß die Arbeiterbewegung, ihnen kam nicht in den Sinn.“

Wie hier die Tatsachen an den Kopf gestellt werden von der Bürokratie des D.F.B., so auch, wenn sie sagen, die Kommunisten hätten den Verband zerfallen durch Gründung des Freien Arbeiter-Verbandes in Mitteldeutschland und in Preußen. Die Untätigkeit, der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie war es, der die Arbeiter aus der Organisation brachte und sie zum Zusammenschluß im Freien Arbeiter-Verband zwang. Den D.F.B. Leitern ist entgegen ihren läugerischen Behauptungen, bekannt, daß gerade die kommunistische Partei es war, die seit Bestehen des Freien Arbeiter-Verbandes versucht, diesen geschloßen wieder zum D.F.B. zurückzubringen.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Wald und Compengedel.

Das Waldgesetz in Thüringen wird und besteht. Am Sonntag, den 18. Februar, hatten die Grobgratierer eine gewöhnliche Versammlung ab. In der Versammlung hatten sie sich auch einen Wald besetzt, der sie auf verschiedene Punkte hinwies, u. a. auf das Weiden der Arbeiterzeitung. Der Arbeiterzeitung von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten, mit dem Wald und dem sogenannten Compengedel auch das Waldgesetz.

Diese Waldgesetzgebung nennt das arbeitende Volk, das alle Nahrung, alle Bedarfsgegenstände, allen Reichtum erzeugt — Wald und Compengedel. Wie lange, Arbeiterzeitung, Waldgesetz, soll dieses Gesetz die noch auf der Nase herumtragen? Es geht auch zusammen und kämpft geschlossen gegen eure Unterdrücker!

Sozialistische Regierungswelt in Thüringen.

Die „sozialistische“ Regierung in Thüringen glaubt dem arbeitenden Volk Thüringens in besonders „wohlmeinender“ Weise das Fell über die Ohren ziehen zu können. Am 18. Oktober 1921 wurde durch Ministerialverordnung die Brennholzversorgung in der Weise geregelt, daß den Gemeinden größere Mengen Holz zum Export aus den staatlichen Forsten überlassen wurden, das dann in kleineren Dosen an die Bevölkerung verteilt wurde.

Der sozialdemokratische Finanzminister Thüringens, Gartenau, hat die Holzrechte der Gemeinden auf. An Stelle der bisherigen Verteilung tritt die Verteilung des Holzes. Was kümmert's die sozialdemokratische Regierung, daß die armen Bewohner Thüringens kein Holz mehr kaufen können, weil durch die Verteilungen die Preise enorm gesteigert wurden? Was kümmert's diese Regierung, daß die geringen Arbeiter und Halbbauern in kalter Stube sitzen müssen? — Der Staatshaushalt muß balanciert werden, je höher die Holzpreise, desto besser! Man kann eben schließlich nicht anders, als die Verteilung der Staatsausgaben würde das Bestehen zur Ausbringung der Staatsausgaben würde Kampf, scharfen Klassenkampf erfordern. Das ist mit der Würde sozialdemokratischer Minister nicht vereinbar. Deshalb wird das arbeitende Volk diesen Stumpf zu führen wissen.

Frühling.

„Wald wird es Frühling!“ Liebe Genossinnen, habt Ihr schon einmal daran gedacht, wieviel Wald und wieviel Holz in diesem einen Worte liegt? Es blüht und grünt wieder überall — und dann heißt es für unsere Arbeiterzeitung: „Arbeit“.

Ich will von meinen eigenen Erlebnissen berichten aus dem letzten Jahre. Ich bin Mutter von sechs Kindern und muß mitverdienen, wenn wir nicht verhungern wollen. Im Monat März, da mußten wir schon hinaus auf das Feld, und wie bitter kalt war es da noch immer. Für wenig Geld mußten wir arbeiten, unter der Aufsicht eines Aufsehers, der nur immer zur Arbeit antrieb oder mit „Entlassung“ drohte. Wir waren alle still — aber wir sahen uns an mit wunden Augen. Die Zeit verging. Es wurde warm, und das Kraut wuchs in Hülsen und Fülle. Da stellte sich bei einem meiner Kinder Krankheit ein. Ich bat und flehte, daß ich einige Tage zu Hause bleiben könnte, doch kurz erwidert ich die Antwort: „Wer jetzt nicht kommt, den können wir nachher auch nicht gebrauchen.“ Da erwachte in mir ein Funken von Ehrgefühl, und ich blieb bei meinem kranken Kinde.

Nach acht Tagen, obwohl mein Sohn noch krank war, ging ich wieder zur Arbeit, denn Not bricht Eisen. Am Morgen, als noch alles schlief, fand ich auf und lochte und säuberte alles, dann mußte ich laufen, um noch zur Arbeit zu kommen. Schwitzgebadet kam ich an, denn der Weg war eine Stunde weit. Es war bereits zwei Minuten zu spät.

„Ich habe keine Arbeit für Sie,“ sagte der Aufseher.

„Denken Sie denn, Sie bekommen das viele Geld für nichts?“ Ich hörte seine Worte kaum, denn ich sah im Geiste mein krankes Kind von vier Jahren im Bett, zwei kleinere Geschwister noch bei ihm, denn die drei anderen gehen schon zur Schule. Ich nahm meine Hade und wollte arbeiten. Da verbot man mir den Zutritt zu dem Acker.

Liebe Genossinnen! Können Ihr Euch denken, wie mir da zumute war? Ich sah meine Arbeiterinnen an, vielleicht vierzig an der Zahl, — und wie aus einem Munde erscholl es: „Wenn sie gehen muß, dann gehen wir alle!“ Stumm dankte ich ihnen. Dann gingen wir alle zum Gutsherrn. Sie verlangten Gerechtigkeit. Dieser aber meinte höhnisch: „Um dieser einzeln willen wollt Ihr die Arbeit niederlegen?“ — Da trat ein altes Mütterchen heraus aus den Reihen und sagte stolz: „Man ist ja nicht zu schlagen. Sie legt sich für jeden ein, und für unser Recht. Aber sie ist eine Kommunistin, und darum steht sie Euch im Wege! Wir haben vieles gelernt!“ Da sagte ich zu meinen Kolleginnen: „Ich werde gehen, will Euch nicht aus Eurer Arbeit bringen!“ Und sie gingen.

Liebe Genossinnen! Wenn die Sonne in diesem Jahre wieder scheint, dann liegt es an Euch, Ihr Arbeiterinnen, das Leben anders aufzubauen. Ihr müßt Euren Verband mehr denn je festigen! Aber lest Eure Statuten genau durch! Und die Euch nicht gefallen, die müßt Ihr streichen und andere dafür lesen! Ihr Mitglieder habt zu bestimmen! Seht Euch Eure Führer an, sagt sie zum Teufel, wenn sie nicht Euer Recht vertreten.

Ihr Arbeiterinnen! Ihr seid es, auf die man wartet! Eure Schwwestern in der Stadt — sie warten auf den Frühling!

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Reaktionäre

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterzeitung ist eine der größten Tagesblätter der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Volkspartei der Arbeiterklasse

Verlag: Arbeiterzeitung, 13, Spandauerstr. 13, Berlin, W. 9. Preis: 1,20 M. pro Quartal, 3,60 M. pro Halbjahr, 7,20 M. pro Jahr. Bestellungen: Arbeiterzeitung, 13, Spandauerstr. 13, Berlin, W. 9.

Mittwoch, 5. April 1922

Abonnement: Arbeiterzeitung, 13, Spandauerstr. 13, Berlin, W. 9. Preis: 1,20 M. pro Quartal, 3,60 M. pro Halbjahr, 7,20 M. pro Jahr. Bestellungen: Arbeiterzeitung, 13, Spandauerstr. 13, Berlin, W. 9.

Die Sitzung der 3 Exekutiven.

Am Sonntag, den 2. April begann ohne den Bruch, der früher bei internationalen Konferenzen und Kongressen üblich war, die Konferenz der Exekutiven der drei Arbeiterinternationalen, zur Beilegung der Frage, ob ein Weltkongress der Arbeiter aller Länder in nächster Zeit möglich sei. Diese erste Zusammenkunft aller Zellen der internationalen Arbeiterbewegung, die der klägliche Zusammenbruch der 2. Internationale auseinandergerissen hat, dürfte ein Wendepunkt in den Lebensweg des durch Krieg und imperialistische Machtgier mehr und mehr verelendeten Weltproletariats werden, wenn sie der Ausgang und Anstoß würde zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiter aller Länder gegen die Weltreaktion, die internationale Unternehmerrasserei, die unerträgliche Last des Versailles-Friedens und die aufsteigenden neuen Kriegsgefahren. Ob diese Hoffnung auf gemeinsame Aktionen auch nur im bescheidenen Rahmen sich verwirklichen wird, mag nach dem Verlauf der ersten Sitzung nach der Rede Vanderveldes, des Vorsitzenden der 2. Internationale, der sich hinter dem Versailles-Frieden und die Reparationsverpflichtungen stellte, bezweifelt werden.

Zur Sitzung hatten sich von jeder Exekutive 10 Delegierte, Gäste und die Vertreter der sozialistischen Presse eingefunden. Die 2. Internationale als Protektorin der sozialrevolutionären Terroristen hatte — ein bezeichnendes Zwischenfall — in einer Vorbesprechung sich für die Zulassung Tschernoff's, des Präsidenten der auseinandergegangenen russischen Konstituante und des Führers der terroristischen Sozialrevolutionäre, als Journalisten eingeleitet. Die Streikfrage wurde dahin gelöst, daß dem schon vorher gemachten Vorschlag der Kommunisten entsprechend, auch die Vertreter der bürgerlichen Presse zugelassen wurden.

Friedrich Adler als Vorsitzender der Internationale 2 1/2 die zur Konferenz eingeladen hatte, brachte in seiner Begrüßungsansprache das Kunststück fertig, trotz der vielen vorhandenen Gegensätze bei keiner der 3 Internationalen anzuklopfen. Das besagt, daß er zwar viel Worte machte, aber nichts wesentlich Entscheidendes oder gar Neues sagte. Er stellte nur fest, daß die Konferenz nicht die Aufgabe habe, die drei Internationalen organisatorisch zu einigen, sondern nur darüber zu beraten, ob und welche gemeinsamen Aktionen des Weltproletariats, die die Not der Stunde gebietet, möglich seien. Die Streitfrage, die die Weitzer trennte, die Frage zwischen Reformismus und Revolution, die Frage, ob der entscheidende Kampf heute oder erst morgen gegen das Kapital ausgetragen werden müsse, wurde nicht auf dieser Konferenz entschieden.

Klara Zetkin verliest im Auftrage der Kommunistischen Internationale eine längere Erklärung, in der die Stellung der Kommunisten zu dieser Vorbesprechung wie zur kommenden Konferenz grundsätzlich festgelegt ist. Die Kommunisten halten trotz ihrer schärfsten Gegensätzlichkeit gegen die zweite Internationale und gegen die Unentschiedenheit der Internationale 2 1/2, die Bildung der Einheitsfront für die dringlichste Forderung des Tages, weil die Vorkämpfer aller Länder versucht, das Proletariat auszuländern; die deutschen Arbeiter durch die Reparationen, die russischen Arbeiter und Bauern durch kapitalistisch-wirtschaftliche Unterjochung und die Arbeiter aller Länder durch die Abwälzung der Kriegslasten auf ihre Schultern. Darum muß bis zur Konferenz, von Genau der allgemeine Kongress aller Arbeiterorganisationen zusammenzutreten, einschließlich der Gewerkschaftsorganisationen und der syndikalistischen Vereinigungen, die trotz ihrer Abweichungen in vielen grundsätzlichen Fragen manche wertvollen revolutionären Kämpfer in ihren Reihen hätten. Soll dieser Weltkongress Erfolg haben, so muß er sich mit der Durchführung gemeinschaftlicher Aktionen befassen und zu diesem Zweck ist eine bestimmte an die Tagesagende der Arbeiterklasse anknüpfende Tagesordnung für den Kongress notwendig. Als eine solche Tagesordnung schlagen die Kommunisten vor:

- 1. Abwehr der kapitalistischen Offensive,
2. Kampf gegen die Reaktion,
3. Verhütung neuer imperialistischer Kriege,
4. Unterstützung beim Wiederaufbau Sowjetrusslands,
5. Versailles-Vertrag und die Reparationsfrage.
Auf Klara Zetkin antwortet Vandervelde, früherer sozialistischer Minister in Belgien und hoher Priester der 2. Internationale. Mit hoher Pathos und theatralischen Gesten bringt er es fertig, sich und seine sozialistischen Freunde der 2. Internationale als zu unrecht von den

Kommunisten beschimpfte und beleidigte Anhänger und Verehrer des Sozialismus hinzuzufügen. „Doch wir wollen nicht distanzieren und polemisieren. Wir verzeihen diese Beleidigungen, wir haben sie schon vergessen“, so ruft er aus, um sofort als echter Sozialpatriot hinzuzufügen, daß die entscheidende Frage, die Frage, die mehr als alle anderen das Weltproletariat angeht, die Frage der imperialistischen Ausplünderung durch den Versailles-Frieden, nicht auf die Tagesordnung des kommenden Weltkongresses gesetzt werden solle. Schließlich nehmen die deutschen Delegierten der 2. Internationale, mit Herrn Weitz an der Spitze, diese von ihrem sozialpatriotischen Freund aus Belgien ihnen verliehene Ohrfeige hin. Aber trotz aller Vorbehalten und großartigen Gesten, trotz aller prinzipiellen Bereitwilligkeit an einer internationalen Vereinigung des Proletariats mitzuwirken, hat Vandervelde starke Bedenken. Er ist mißtrauisch gegen die Kommunisten. Er verlangt Garantien von ihnen. Drei Vorfragen sollen erörtert werden, ehe die 2. Internationale sich für die Teilnahme entscheidet. Kommen die Kommunisten auf den Weltkongress guten Glaubens? Wollen sie nicht mehr, wie bisher, die Arbeiterparteien spalten, das ist die erste Frage Vanderveldes. Und wie sieht es mit den unterdrückten Sozialisten Deutschlands, mit den geängstigten Sozialrevolutionären? So fragt er mit Tränen erst in der Stimme weiter. Der Mann, der gegen die belgischen Kongressgegner nie etwas einzuwenden hatte, kann es nicht ertragen, daß gegenrevolutionäre Terroristen in den Geängstigten sitzen.

Nach der Pathetik Vanderveldes folgt eine kurze und dürftige Erklärung der Wiener Internationale. Bedeutendswert ist sie nur dadurch, daß sie, offenbar von Hilferding, Martow und Abramowitsch inspiriert, alle Anklagen Vanderveldes gegen die Kommunisten sich zu eigen macht, während eine Abgrenzung gegen die Auffassungen und Methoden der 2. Internationale kaum zu merken ist.

Auf den Ueberfall Vanderveldes und der mit ihm in einer Linie stehenden Internationale 2 1/2 antwortet Karl Kadel in scharfer leidenschaftlicher Rede. Rücksichtslos macht er die Gegenrechnung auf, in dem er alle Schandtaten der Vertreter der 2. Internationale seit dem Krieg brandmarkt. Er fragt Weitz, was geschehen sei zur Ehre für den Nord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zur Ehre für den Nord an 15.000 Proletariern, die unter Kops Herrschaft starben. Eugen Levine wurde in München von einem Standgericht „legal“ erschossen, als Sozialdemokrat vor am Kader waren. Und die georgischen Sozialisten haben im Bunde mit dem englischen Imperialismus die Arbeiter und Bauern ins Gefängnis geworfen. Wir sind, sagt Genosse Kadel, zu dieser Konferenz gekommen auf die Einladung der Wiener Internationale hin, die uns keine Bedingungen stellte. Wir sind bereit, auf eine Konferenz der Aktionen zu gehen, deren Durchführung wir im Interesse des internationalen Proletariats für notwendig halten, und die im Kampf die Arbeiter zusammenschließen werden. Wir sind auch bereit, zu einer Konferenz der Diskussionen, wenn sie wider unseren Willen beliebt wird, und wir werden die Antworten geben, die sich die Fragesteller merken werden. Aber daß uns Sonderbedingungen gestellt werden, das lehnen wir ab. Scharfster Beifall der Kommunisten begleitet die Worte des Genossen Kadel. Der erste Tag schloß mit einem Erfolg der Kommunistischen Internationale.

Die Eröffnungsfeier.

Am Sonntag, den 2. April wurde die Sitzung der Exekutiven der dritten Internationale unter dem Vorsitz Friedrich Adlers, Tom Shaw und Klara Zetkin eröffnet. Als Delegierte waren von der 2. Internationale anwesend: Bugarin, Klara Zetkin, Frossard, Kadel, Putajawa, Stojanowitsch, Smeral, Kojmer, und Wais. Die Wiener 3. I. hatte u. a. delegiert: Adler, Grippen, Languet, Otto Bauer, Weitzer, Paul Faure, Martow, als Gäste hatten sie unter ihrer Leitung die Menschewiken Schreiber, Abramowitsch und Kaplanist. Von der 2. Internationale waren u. a. Vandervelde, Gutzmanns, Weitz, Rac Donald, Tom Shaw, Keretelli delegiert. Die italienische Sozialistische Partei, die der drei Exekutiven angehört, war zugelassen, und zwar Ferrati als Delegierter, Barletto und Fiorello als Gäste. Die Mitglieder der drei Exekutiven waren als Gäste zugelassen. Die Eröffnungsansprache Friedrich Adlers. Friedrich Adler eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Sitzung: Genossen und Genossinnen! Die heutige Konferenz bedeutet den Versuch, zu einer Ueber einstimmung zu kommen in einem bescheidenen Rahmen, aber besser Welle sich niemand von den hier Anwesenden einer politischen Lösung hingibt. Wir haben diesen Versuch von Seiten der Internationalen Arbeiter-

gemeinschaft sozialistischer Parteien unternommen in dem Bewußtsein, daß die Situation, in der sich das Proletariat der ganzen Welt befindet, dazu drängt, trotz aller Gegensätze daran zu gehen, seine Kräfte für gewisse konkrete Aufgaben und Aktionen zu vereinigen. Wir geben uns dabei keiner Täuschung hin, daß jede der drei hier anwesenden Gruppen mit großen Vorbehalten in diese Konferenz tritt. Das wird von allen drei Seiten in legend einer Form zum Ausdruck gebracht werden.

Ich möchte von vornherein feststellen, daß unsere Aufgabe nicht sein kann, die bestehenden drei internationalen Organisationen, die hier vertreten sind, zu einer einzigen Organisation zu verschmelzen. Wir sind uns aber bewußt, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten innerhalb des Weltproletariats vielleicht gewisse gemeinsame Aktionen erzwüngen werden. Diese gemeinsame Lage in der Form der Vereinerung der Arbeitermassen, der Selbstwertung einerseits und in den Ländern mit besserer Kultur in Form höherer Gebildungsanstalten andererseits, haben in dem Weltproletariat den dringenden Wunsch erzeugt, eine gemeinsame einheitliche Aktion als unmittelbare Arbeit des Tages zustande zu bringen.

Die Tatsache, daß sich die internationale Kapitalistenklasse zu einer Konferenz

in Venedig, an deren Arbeitsfähigkeit wir mit der größten Skepsis denken, zusammensetzen, um den Proletariats aller Länder neue schwere Lasten aufzuerlegen, und die neue Kriegescheitewandlungen in Aussicht stellt, hat die drei Exekutiven zusammengeführt, um zu erwägen, ob nicht der Moment gekommen sei, gegenüber dieser sich zusammenballenden kapitalistischen Reaktion eine beschlossene Weltgemeinschaft proletarischer Parteien beschließender Aktionen zustande zu bringen. Gemeinsame Aktionen sind aber nur möglich unter gewissen Voraussetzungen. Gemeinsame Aktion bedeutet aber Einigung auf eine gemeinsame Parole, Einigung auf den Zeitpunkt, wenn diese Aktion einzusetzen hat, Einigung auf die Mittel, mit denen diese Aktion durchzuführen ist. Diese gemeinsame Aktion ist natürlich nur möglich, wenn wir überhaupt in der Lage sind, uns über diese drei Probleme erst einmal zu verständigen. Man kann die Gegenfrage unter uns mehr oder minder scharf aggressiv pointieren. Ich möchte sie heute in dem weiten Sinne darlegen, indem ich sage, daß es sich darum handeln kann, in den großen Kämpfen zwischen

Reformismus und Revolution

das Hauptgewicht zu legen auf die Kämpfe von heute oder auf die Kämpfe von morgen, daß die Gegensätze sich teilen in die Meinung derer, die glauben, alles auf den heutigen Tag, und jene, die glauben, auf die Zukunft das Hauptaugenmerk richten zu müssen. In dem Kampfsitz, das uns allen gemeinsam ist, heißt es: „Schließt die Reihen und morgen wird die Internationale die ganze Menschheit sein.“ Dieses „morgen“, das ist die Frage, die uns trennt. Je weiter wir unter Umständen dieses „morgen“ sehen, um so mehr werden natürlich einzelne Parteien gedrängt, ihre Politik nach dem „heute“ einzurichten. Aber so verschieden die Perspektive ist, in der wir das „morgen“ erkennen, so können wir doch sagen, daß wir das gemeinsam haben: daß wir alle kämpfen wollen. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir die Konferenz zusammenberufen.

Deshalb haben wir

die Zulassungsbedingungen

für künftige Konferenzen folgendermaßen formuliert: „Zugelassen werden alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die Ueberwindung des Kapitalismus zum Ziel haben und die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Aktion des Proletariats zur Erfüllung dieses Ziels anerkennen.“

Diese Formulierung ist für uns die Voraussetzung, unter der wir überhaupt zusammenkommen können, durch die wir zugleich, daß diejenigen, die hier auf dieser Konferenz vertreten sind, bereit sind, nach ihrer Einsicht in den historischen Verlauf dieses Versuches, uns der Nähe unterliegen wollen, den Versuch zu unternehmen, die Konferenz gelingen zu lassen. Ich erkläre die Verhandlungen für eröffnet.

Klara Zetkin (Kommunistische Internationale) verliest darauf eine Erklärung der Exekutive der Kommunistischen Internationale, die wir morgen veröffentlichen werden.

Mittwochssitzung.

Tom Shaw (Engl. Arbeit. Part. 2. Internationale) eröffnet die Sitzung.

Vandervelde (Belgien, 2. Internationale) legt es ab, sich in eine Polemik gegen die Erklärung der 3. Internationale einzulassen. Er will nur im Rahmen der zweiten Internationale sprechen. Vorweg betont er, daß ihm die Erörterung der Tagesfrage auf der kommenden allgemeinen Konferenz nicht zweckmäßig erscheint. In dieser das Weltproletariat und nicht alle Welt, die deutschen Sozialdemokraten als Regierungspartei unter dem Namen 1922 des belgischen Sozialproletariats

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Politische Uebersicht

Die Sowjetregierung in Berlin erhält ein Botenschaftsgebäude

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Gold der 1921. Weltmarkt

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die Wirtschaftliche Uebersicht

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die Arbeiter-Zentralen

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die Erhebung der Zölle auf Goldbarren

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Zur Lohnbewegung des schlesischen Landproletariats.

Die Landwirtschaftliche Bank...
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Schlesische Arbeiter.

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Der Landbote schreibt dazu:
...
Der Landbote schreibt dazu:

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Gek.

„Sie ziehen sie offensichtlich dahin, Mutter, was? Haben Sie sich gemacht... Was für ein Vieh, Mutter, ah?“

Der Jar hat Soldaten nötig; geht ihm eure Söhne hin...“

„Sie haben keine Angst; die Schelme!“ sagte Otkow.

„Mein Sohn aber liegt in Gräbe... den hat die Fabrik umgebracht... ja.“

Das Herz der Mutter schlug allzu stark, und sie blieb stehen.

„Sieh auf, erhebe dich, Arbeitervolk!“

„Auf den Feind, ihr hungrigen Brüder!“

„Aber in diesem Klang lag kein Zusammenhang und keine Aufmerksamkeit, Unruhe zitterte schon in ihm.“

„Nicht sehend und nicht wissend, was vorn geschah, aber es erratend, drängt die Mutter die Menge auseinander und bewegte sich schnell vorwärts.“

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Gegen den Kaiser, gegen seine Majestät den Zaren? Rebellieren?“

„Berzerte Gesichter huschten an der Mutter vorüber, Männer und Frauen sprangen und liefen dahin, das Volk stürzte wie dunkle Lava vorwärts.“

„Sieh auf, erhebe dich, Arbeitervolk!“

„Auf den Feind, ihr hungrigen Brüder!“

„Aber in diesem Klang lag kein Zusammenhang und keine Aufmerksamkeit, Unruhe zitterte schon in ihm.“

„Nicht sehend und nicht wissend, was vorn geschah, aber es erratend, drängt die Mutter die Menge auseinander und bewegte sich schnell vorwärts.“

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Gegen den Kaiser, gegen seine Majestät den Zaren? Rebellieren?“

„Berzerte Gesichter huschten an der Mutter vorüber, Männer und Frauen sprangen und liefen dahin, das Volk stürzte wie dunkle Lava vorwärts.“

„Sieh auf, erhebe dich, Arbeitervolk!“

„Auf den Feind, ihr hungrigen Brüder!“

„Aber in diesem Klang lag kein Zusammenhang und keine Aufmerksamkeit, Unruhe zitterte schon in ihm.“

„Nicht sehend und nicht wissend, was vorn geschah, aber es erratend, drängt die Mutter die Menge auseinander und bewegte sich schnell vorwärts.“

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

„Genossen!“ erdünnte Pawels Stimme.

Wirtschaftliche Rundschau

„Erfüllungspolitik.“

Die deutsche Regierung erfüllungstreu.

Reparationen wurde eben den Deutschen mit „Wiedergutmachung“ überzogen. Die Praxis hat gezeigt, was es mit dieser Übersetzung auf sich hat. In Wirklichkeit sind die Reparationen nichts anderes als ein Mittel für die Entente, Deutschland stückweise zu zerpflücken, seine Wirtschaft auszuplündern, die breiten Massen einer Bevölkerung in bodenloses Elend zu bringen.

Soll der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zeigt sich immer wieder das gleiche Bild, es findet sich immer wieder eine „verdorrte Hand“, die jedes Verlangen der Entente unterschreibt. So war es bei der Unterzeichnung des Friedens in Versailles, so war es bei dem Kohlenabkommen in Spa, so war es beim Londoner Ultimatum, und so war es im Januar dieses Jahres in Cannes.

Im Artikel 231 des „Friedensvertrages“ und den darauf folgenden ist in Wirklichkeit die Entwicklung all dieser Dinge vorzeichnet. Die phantastischen Zahlen, mit denen das Londoner Ultimatum die in Versailles formulierten Forderungen konkretisierte, wurden selbst innerhalb der Entente für unerfüllbar angesehen, und es war nicht nur der Schriftsteller Keynes, der diese Feststellung immer wieder laut erhob, sondern es waren namhafte englische und amerikanische Finanzkapitalisten, die diese Meinung offen vertraten.

Wenn in Cannes die ursprünglich für mehr als 3 Milliarden Goldmark jährlich zu leistende Reparationssumme gegen bestimmte Garantien auf 2,17 Milliarden Goldmark herabgesetzt wurde, so hat diese Veränderung der Ziffern praktisch den Sinn, daß eine unerfüllbare Forderung durch eine andere nicht minder unerfüllbare ersetzt wurde, daß aber die scheinbare Minderung der Forderungen erkauft wurde durch bestimmte Garantien.

Diese Garantien bestehen darin, daß die Entente das Verlangen stellt, die deutsche Regierung solle die Reparationszahlungen nicht planlos aufbringen, sondern alle dazu aufzubringenden Summen mit dem deutschen Reichshaushalt in Verbindung bringen. Voraussetzung dafür war, daß die deutsche Regierung zunächst einmal fertigbrachte, überhaupt einen deutschen Haushaltsplan ohne Defizit aufzustellen und ferner innerhalb dieses Planes Einnahmen und Ausgaben so zu gestalten, daß auch die Reparationszahlungen durch die Einnahmen gedeckt würden.

Die Regierung stellt einen Haushaltsplan auf.

Rathenau erkannte die Beschlüsse von Cannes an. Die deutsche Regierung war bereit, auf der Grundlage dieser Bedingungen ihre Erfüllungspolitik zu betreiben. Nunmehr, kaum zwei Monate später, wo das Versprechen von Cannes verwirklicht werden soll, erheben die deutsche Regierung und die deutsche Bourgeoisie ein großes Geschrei über die neue Note der Reparationskommission, deren Inhalt, was die Höhe der Leistungen anbelangt, über Cannes nicht hinausgeht. Der deutsche Reichshaushaltsplan, wie die Regierung ihn der Reparationskommission vorlegte, setzte ziffernmäßig Einnahmen und Ausgaben des inneren deutschen Haushalts einander gleich, ein Versuch, der durch die Geldentwertung der letzten Wochen, die zwar die Ausgaben erhöht, aber die Einnahmen auf alter Höhe beläßt, bereits illusorisch gemacht worden ist. Für die 172 Papiermilliarden, die im Januar das Reparationskonto verlangte, war vorgesehen, daß sie „durch Anleihen“ aufgebracht würden, d. h. auf deutsch: Die Regierung wußte nicht, woher das Geld dazu r. ihnen. Denn auch die Zwangsanleihe mit ihren 40 bis 50 Papiermilliarden hätten nur einen Bruchteil des Defizits, das beim heutigen Kursstand 280 Milliarden ausmacht, beseitigen können. Es bezeichnet die Situation sehr gut, wenn die „Basler Nationalzeitung“, ein bürgerliches schweizerisches Blatt, in ihrer Nummer vom 24. März folgendes feststellt:

„Die Regierung Wirth, die offiziell die Parole der Erfüllung ausgegeben hat, befindet sich in schweren Nöten, aber niemandem und am wenigsten der Entente wäre geholfen, wenn sie verschwinden würde. Uebrigens ist dies trotz allem Lärm in Berlin kaum anzunehmen. Denn man wird in Deutschland weiterhin den Anschein des guten Willens bewahren wollen. Die einfache Wahrheit aber ist: der Versailler Vertrag ist in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen vollkommen unerfüllbar, und Deutschland hat tatsächlich bisher alles vermieden, was einen nennenswerten Teil seines Volksvermögens in die Hände der Sieger bringen könnte. An diesen beiden entscheidenden Grundtatsachen aber wird keine Note und keine Drohung der Reparationskommission etwas ändern können.“

Wie lange wird sich dies Spiel noch fortsetzen, dies Spiel zwischen den Ententepolitikern, die immer wieder auf neue Erpressungsversuche an Deutschland machen, und der deutschen Regierung, die die in Erpressern immer auf neue vorliegt, daß sie bereit wäre, zu erfüllen?

Die bisherige Entwicklung zeigt, daß sich dieser Zustand mit den bisherigen Methoden nicht verewigen läßt. Die deutsche Regierung hat bis heute die Gelder zu den Reparationszahlungen dort geholt, wo sie glaubte, dem geringsten Widerstand zu finden: sie hat sie aus den breiten werktätigen Massen herausgepreßt. Indem sie fremde Devisen kaufte, um die Barzahlungen an die Entente zu leisten, warf sie unausgesetzt deutsche Papiermark auf den Markt. Sie hat dadurch die Entwertung der deutschen Mark in ungeheurerem Maße verhärtet. Noch im Juni vergangenen Jahres stand der Dollar auf 60 und im Inlande hatte die Mark einen Wert von etwa 70 Friedenspfennigen. Da begannen die Vorbereitungen für die Aufbringung der ersten Goldmilliarde. Seitdem ist der Dollar auf das Fünf- bis Sechsfache des damaligen Kursstandes gewiegen, die Mark auf einen Bruchteil ihres damaligen Wertes zusammengeschrumpft. Die Vertenerung aller Lebenshaltungskosten, die wachsende Not, die in den Haushalten der Arbeiter und des Mittelstandes einkehrt, hängen so unmittelbar mit der Erfüllungspolitik der Regierung zusammen.

Sachlieferungen.

Diese Entwicklung sollte dadurch abgeändert werden, daß die deutsche Regierung an die Entente nicht nur Barzahlungen, sondern einen Teil ihrer Verpflichtungen in Sachlieferungen erfüllte. Der Wiesbadener Vertrag zwischen der französischen und der deutschen Regierung war der erste Schritt dazu. In Cannes wurde festgesetzt, daß für das laufende Jahr die deutsche Gesamtverschuldung 2,17 Goldmilliarden betragen sollte, von denen 720 Millionen in bar und der Rest, d. h. etwa

1,45 Milliarden, in Sachlieferungen zu begleichen wären. Diese Abmachung in Form von Sachlieferungen sollte ein weiteres Anhalten von fremden Devisen vermeiden und eine weitere Entwertung der deutschen Mark verhindern. In Wirklichkeit kann aber davon keine Rede sein, denn wenn heute ein großer Teil der deutschen Industrie für Reparationskonto statt für den Export arbeiten soll, so bedeutet das, daß die fremden Devisen, die als bisher für den Export ins Ausland erhielt, in Zukunft nicht mehr erworben werden können. Die Regierung kann also fremde Devisen, die sie für ihre Barzahlungen künftighin braucht, von deutschen Kapitalisten nicht mehr erhalten, und die deutschen Kapitalisten selber werden beim Bezug ihrer Rohstoffe abhängig vom ausländischen Kapital.

Die deutsche Schuld soll „mobilitiert“ werden.

Die „Mobilisierung der deutschen Schuld“, nach der das Kapital Frankreich schreibt, ist in der bisherigen Methode undurchführbar. Die bisher von Deutschland gezahlten Summen haben gerade ausgereicht, um die Besatzungsarmee im Rheinland und in Oberschlesien und die verschiedensten Entente-Kommissionen zu bezahlen. Das Entscheidende in der neuen Note der Reparationskommission liegt nun darin, daß mit ihr ange-deutet wird, auf welchem Wege sich eine Mobilisierung der deutschen Schuld in den kommenden Monaten weiterentwickeln soll. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß hinter der Note der Reparationskommission nicht eine einheitliche Macht, nicht etwa ein sogenannter „Feindbund“ steht, der nach einheitlichem Willen Deutschlands Wirtschaft für seine Interessen sich nutzbar macht. Nein, was sich in jeder Note der Reparationskommission widerspiegelt, das ist ein Kompromiß vor allem zwischen den Interessen des französischen und des englischen Kapitals, ein Kompromiß, in dem je nach der Lage der Dinge das Interesse der einen oder der anderen Macht überwiegt, bald Frankreichs, das Interesse daran hat, möglichst viel Barzahlungen aus Deutschland herauszuholen und mit Hilfe der deutschen Sachlieferungen, insbesondere der deutschen Kohle, seine Produktionskosten so niedrig wie nur möglich zu gestalten, bald Englands, dem daran gelegen ist, Deutschlands Industrie einzuspinnen für seine kolonialen Interessen und durch Herausraubung der deutschen Produktionskosten den restlichen Teil der deutschen Industrie vom Weltmarkt endgültig auszuschalten.

Gleichviel, die neue Note der Reparationskommission zeigt sehr deutlich, daß der Weg, den Deutschland gehen soll, derselbe sein wird, wie der, auf dem Oesterreich heute schon angeht. Die Reparationskommission schreibt Deutschland nicht nur die Höhe der Zahlungen vor, sondern zugleich die Art und Weise, wie diese Zahlungen aufzubringen sind. Ja, noch mehr, sie will über die Gesetzgebung und die Verwaltung, die diese Forderungen zu erfüllen hat, eine ständige Kontrolle ausüben. Die „Basler Nationalzeitung“ vom 24. März charakterisiert dies folgendermaßen:

„Es ist ein ganzes System kombinierter Maßnahmen, das Deutschland auferlegt wird. Fast die wichtigste ist die beanspruchte Kontrolle durch einen Garantieausschuß der Alliierten. Tatsächlich würde die eigentliche Macht in Deutschland durch diesen Ausschuß ausgeübt werden; die Berliner Regierung und der Reichstag wären bloß seine ausübenden Organe.“

Das österreichische Beispiel.

In Oesterreich sind die Dinge bekanntlich schon einen Schritt weiter gediehen. Der internationale Kredit, der dem österreichischen Staat gewährt wurde, ist abhängig gemacht worden von dem weiteren Verbleiben des Minister Schober, ein Zeichen davon, daß Oesterreich alles andere ist als ein „sovereäner Staat“ — wie es im Vertrag von St. Germain heißt — und bis tief in die österreichische Verwaltung hinein gehen die Einzelforderungen, die die Entente stellt. Die „Kölnische Zeitung“ vom 27. März, die sich mit diesen Dingen eingehend beschäftigt, charakterisiert die Maßnahmen Oesterreichs, dem Ententebefehl nachzukommen, folgendermaßen:

„Die Verwaltungsreform und der Beamtenabbau, die in der Tat die besten Mittel wären, das Gleichgewicht im Staatshaushalt wieder herzustellen, sind, wie die Dinge in Deutsch-Oesterreich nun einmal liegen, undurchführbar, ohne einen großen Teil der Bevölkerung zum Hunger zu verurteilen. Denn was soll aus den entlassenen Beamten werden? Von den kümmerlichen Abfindungen können sie nicht leben. Die Industrie, die bisher 90 000 Arbeiter schon hat entlassen müssen, kann sie nicht aufnehmen. Sie müßten auswandern, um sich eine neue Existenz zu gründen. Aber wohin? Wie man es überlegt, die Aufgabe ist nicht zu lösen, ohne daß man sein Herz vor jeder milden Regung verschließt.“

Die Entente will deutsche Sachwerte erfassen.

Daß Deutschland im Begriff ist, in allen Dingen in die gleiche Abhängigkeit vom Ententekapital zu geraten wie Oesterreich, das zeigen bereits einige in Cannes gestellte Forderungen des sogenannten „Obersten Rates“. Dort wurde die Erhöhung der deutschen Kohlensteuer, die Beseitigung der Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel und die Abschaffung des Defizits in den staatlichen Betrieben, Eisenbahn und Post, verlangt, alles Dinge, die unmittelbar in das deutsche Finanzwesen und die deutsche Wirtschaft eingreifen. Aber damit nicht genug. Die weitere Entwicklung wird sehr deutlich gekennzeichnet, wenn es in der jüngsten Note der Reparationskommission folgendermaßen heißt:

„Die wichtigste Frage der von Deutschland aufzubringenden Anleihen zwecks Ermöglichung seiner Befreiung von einem Teil seiner Reparationsverschuldung in Kapital wird Gegenstand einer besonderen Mitteilung bilden.“

Sollte die Fälligmachung eines Teiles der Schuld Deutschlands durch solche Anleihen nicht in einer vorzeitigen Frist zu erlangen sein, so soll die deutsche Regierung im Zusammenwirken mit der Reparationskommission die notwendigen Maßnahmen prüfen, um eine Zahlung in Kapital durch andere Mittel, insbesondere durch Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen Realwerte Deutschlands zu bewirken.“

Wie soll eine „Zahlung in Kapital“, eine „Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen Realwerte“ (Sachwerte) erfolgen? Sollen etwa, wie das der Bund britischer Industrieller und die

englische Kontinental für Reparationen mit neuen ungenutzten Hypotheken auf deutsche Grundbesitze gelangt werden? Oder sollen etwa, wie das von glücklicher Hand vorgeschlagen wurde, einzelne große Werke verpfändet werden? Es wäre natürlich möglich, daß die Entente irgendeine große deutsche Firma, sagen wir die AEG oder Krupp, für ihr Eigenes erlösi- und in irgendeiner Form an fremde Kapitalisten auszuliehen veranlaßt. Es wäre denkbar, daß in dieser Form die Entente sich die Mittel zur Bezahlung ihrer Forderungen flüssig macht. Und so ist sicher, daß die Entente von einer derartigen Erfassung deutscher Sachwerte die Gewährung irgendeines Kredits abhängig macht.

Das Ententekapital hat Haftersteller in Deutschland.

Es ist kein Zweifel, daß große Teile der deutschen Bourgeoisie sich gegen eine solche Entwicklung gar nicht sträuben würden, denn der Vorschlag, den die „Frankfurter Zeitung“ macht, statt der vorgesehenen „Zwangsanleihe“ in Höhe von einer Milliarde Goldmark eine freie Anleihe in Höhe von zwei Milliarden Goldmark, die mindestens zur Hälfte von ausländischen Kapitalisten aufgebracht werden sollte, läuft letzten Endes auf nichts anderes hinaus, als auf die völlige materielle und politische Abhängigkeit der deutschen Regierung von ihren Gläubigern, d. h. von deutschen Kapitalisten ebenso wie von ausländischen.

Dazu kommt aber noch, daß ein solcher Vorschlag, falls er verwirklicht würde, nicht den Weg zeigt, wie selbst für dieses Jahr die geforderten Reparationsleistungen aufgebracht werden sollen, denn zwei Milliarden Goldmark reichen zur Beschaffung der 2,17 Milliarden Goldmark Reparationszahlungen und der dazu kommenden Summen zur Erhaltung der Besatzungsarmee und der verschiedenen Kommissionen auch nicht annähernd aus. Dazu aber wäre das eine Lösung, wie sie nur für dieses Jahr in Frage kämen; mit Beginn des neuen Jahres, mit dem Hinzutritt neuer Reparationsleistungen müßte die deutsche Regierung von neuem Anleihen im Inland und im Ausland aufnehmen. Es ist der gleiche Weg zur Kolonisierung, wie Oesterreich ihn bereits beschritten hat.

Mit diesem Vorschlag der „Frankfurter Zeitung“ hat sich erklärlicherweise der „Vorwärts“ vom 26. März einverstanden erklärt. Er warf nur noch die Frage auf, wie die deutschen und die ausländischen Kapitalisten, die für ihre geliehenen Summen selbstverständlich hohe Zinsen haben wollen, die dafür erforderlichen 120 bis 140 Millionen Goldmark erhalten können. Nach dem augenblicklichen Kursstand würde diese Summe ebensoviel ausmachen, wie die ganze gewaltige Kohlensteuer, nämlich mehr als 10 Milliarden Papiermark! Die deutsche Regierung würde durch diesen Vorschlag nicht nur in völlige Abhängigkeit der in- und ausländischen Bourgeoisie geraten, die würde zugleich zu den bisherigen Reparationsverpflichtungen noch neue Verpflichtungen hinzu aufnehmen. Verpflichtungen, die genau so wie die Reparationsleistungen in Gold zu zahlen sind, also mit weiterem Marksturz weiter wachsen.

Soll weiter erfüllt werden?

Daß der „Vorwärts“ einen solchen Vorschlag akzeptiert, zeigt ebenso wie die Haltung der Rechtssozialisten zur Kreditaktion der deutschen Bourgeoisie, daß die SPD kein Mittel zur Abwehr weiterer Not weiß. Wie die deutsche Regierung, wie der überwiegende Teil der deutschen Bourgeoisie, so gedenkt auch die SPD, trotz aller Empörungskundgebungen weiterhin nach bisheriger Methode „Erfüllungspolitik“ zu treiben. Wäre es bisher allein die breiten Massen, auf die die gesamte Last der Reparationsleistungen fiel, so wird das künftighin nicht anders sein. Gewiß, die neue Note der Reparationskommission verlangt nicht nur eine Erhöhung der deutschen Steuerumane um weitere 60 Milliarden Mark, sie schlägt zugleich Maßnahmen vor, die die deutschen Kapitalisten treffen sollen, Maßnahmen zur Kontrolle der Devisen, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, Maßnahmen zur Erfassung der Auslandguthaben deutscher Kapitalisten. Aber es ist technisch unmöglich, hinter jedem deutschen Kapitalisten einen Steuerbeamten herzuschicken, und es wird nur ausnahmsweise der Fall sein, daß irgend ein deutscher Kapitalist bei der Kapitalverschiebung gefaßt wird. Und schon die geforderten 60 Milliarden Mark zeigen, was unmittelbar für das deutsche Proletariat die neuen Ententeleistungen bedeuten. Diese Summe müßte, darüber ist die bürgerliche Presse sich einig, aufgebracht werden in Form von indirekten Steuern. Auf jeden Arbeiterhaushalt macht das eine Mehrbelastung von etwa 5000 M. im Jahre aus.

Unmöglich, dies zu verwirklichen? Und unmöglich, daß die deutsche Regierung sich durch Anleihenmanöver, wie die „Frankfurter Zeitung“ sie vorschlägt, zum Schuldnecht deutscher und ausländischer Kapitalisten macht? Oder unmöglich, daß deutsche Sachwerte, statt daß die deutsche Regierung sie erfaßt, deutsche industrielle Werke oder landwirtschaftliche Güter, eins nach dem andern, der Entente verfällt und von ihr meistbietend an englische Industrielle oder amerikanische Bankiers verauktioniert wird? Unmöglich eine weitere Verarmung der breiten Massen und eine weitere Ausplünderung der deutschen Wirtschaft?

Und dennoch: Schon heute schreibt die deutsche Regierung ihre Steuern aus auf Ententebefehl.

Schon heute werden deutsche Schiffe, deutsche Kabel, deutsche Anlagen in der Ueberssee und was sonst an die Entente abgetreten wurde, verauktioniert und zu „Reparationszwecken“ zu Gold gemacht.

Schon heute darf Oesterreich auf Grund seines Kredites keinen anderen Minister haben als den, der dem englischen Kapital lieb ist, und schon heute darf auch in Deutschland nur diejenige politische Linie eingehalten werden, die den Interessen des Ententekapitals entspricht.

Die deutsche Regierung darf mit Sowjet-Rußland, der einzigen Macht der Welt, die allen Mächtschaften des Ententekapitals zu trotzen verstanden hat, keine Arbeitsgemeinschaft eingehen, weder politisch noch wirtschaftlich.

Aber die deutsche Schuldnechtschaft, die Ausatmung der breiten Massen bis aufs Mark, die Zerrüttung und die Ueberforderung der deutschen Wirtschaft — alles das muß ein Ende nehmen, wenn dem arbeitenden Volke Deutschlands seine Existenz lieb ist. Das zu sagen und den Weg dazu zu zeigen, das ist überall, im Betrieb, in Versammlungen, in Sitzungen, die Pflicht, die wir Kommunisten gegenüber dem übrigen Proletariat haben. A. Friedrich.

